

EIDGENOESSISCHES POLITISCHES
DEPARTEMENT

Bern, den 30. November 1976

s.C.41.Eg.111.O. (1) - IS/wh
p.B.15.21.Eg.

VERTRAULICH

Bericht über die Gespräche des Generalsekretärs des EPD,
Botschafter Weitnauer, im ägyptischen Aussenministerium in Kairo,
vom 22. November 1976

Geht an:

Departementschef
Generalsekretär
Politische Direktion I & II (5 Ex.)
Politisches Sekretariat (2 Ex.)
Finanz- und Wirtschaftsdienst (2 Ex.)
Information und Presse
Direktion für Internationale Organisationen (2 Ex.)
Direktion für Völkerrecht (2 Ex.)
Verwaltungsdirektion
Delegierter für Technische Zusammenarbeit
KH, LC, IS

Schweizerische Botschaften in:

- Kairo (5 Ex.)
- Kuwait
- Djeddah
- Bagdad
- Damaskus
- Amman
- Tel-Aviv
- Tripolis
- Tunis
- Algier
- Rabat
- Washington
- Moskau

EIDGENOESSISCHES POLITISCHES
DEPARTEMENT

Bern, den 30. November 1976

IS/wh

VERTRAULICH

Gespräche des Generalsekretärs, Botschafter Weitnauer (WR), mit Staatsminister Mohamed Riad (R) und dem Ersten Unterstaatssekretär Gamal Mansour (M) am 22. November 1976 im ägyptischen Aussenministerium in Kairo

(Riad vertritt den im Ausland weilenden Aussenminister Fahmi. Botschafter Weitnauer wird begleitet von Botschafter Iselin und Botschaftsrat Y. Berthoud.)

Mittelostkonflikt

R ruft zunächst die gemässigte und vernünftige Haltung in Erinnerung, die Aegypten im Mittelost-Konflikt seit langem einnimmt. Schon während der Friedensbemühungen des schwedischen UN-Vermittlers Jarring war Aegypten zu weitgehenden Konzessionen an Israel bereit. Im Februar 1971 z.B. erklärte die ägyptische Regierung, sie könnte einer Regelung zustimmen, wonach der Kriegszustand beendet, die Souveränität und territoriale Integrität Israels anerkannt und die freie Durchfahrt durch den Suezkanal und die Meerenge von Tiran garantiert würden. Als Gegenleistung forderte Aegypten den Rückzug der israelischen Truppen aus dem besetzten Sinai und dem Gazastreifen sowie eine gerechte Lösung des Problems der Palästinaflüchtlinge.

Nach M widersetzte sich Aegypten z.B. 1949 auch nicht der widerrechtlichen Besetzung des heutigen Hafens Eilat durch Israel.

Das im Januar 1974 zwischen Aegypten und Israel geschlossene Entflechtungsabkommen wurde seither mit ägyptischer Zustimmung mehrmals verlängert, zuletzt Mitte Oktober 1976 um ein Jahr. Uebrigens stimmte auch

Syrien soeben einer weiteren Verlängerung um sechs Monate des Waffenstillstandsabkommens vom Mai 1974 für die Golanhöhen zu.

Demgegenüber bleibt die Haltung Israels, von Kairo aus gesehen, starr. Ebenso wenig wie früher zeigt es sich zu irgendeinem Entgegenkommen bereit. Weiterhin spielt es auf Zeitgewinn.

R und M unterstreichen indessen, dass eine baldige Lösung des Mittelost-Problems nunmehr dringlich geworden ist. In diesem Sinne äusserte sich der ägyptische Präsident Sadat mehrmals in den letzten Tagen. Zu seinen Gesprächspartnern gehörten - was gebührend hervorgehoben wurde - verschiedene Gruppen von in Kairo durchreisenden Mitgliedern des amerikanischen Kongresses.

Auf arabischer Seite setzt eine Regelung für den Mittleren Osten Einigkeit voraus. R erklärt sich befriedigt über die Aussöhnung zwischen Aegypten und Syrien, wie sie an den Gipfeltreffen von Riyad (18. Oktober d.J.) und Kairo (25. & 26. Oktober) zustande kam. Er bezeichnet es als Ironie, dass der Libanonkonflikt diese Einigung schliesslich bewirkte. Zum Glück hat Syrien die ungerechten Angriffe nunmehr eingestellt, die es seit dem ägyptisch-israelischen Sinai-Abkommen vom Januar 1974 beharrlich gegen Aegypten erhoben hatte. R ist zuversichtlich, dass das wiederhergestellte gute Einvernehmen im arabischen Lager anhalten wird. Davon ausgenommen sind zur Zeit nur Irak und Libyen. Uebrigens ist zwischen Aegypten und Syrien neuerdings eine verstärkte militärische Zusammenarbeit vorgesehen. Sollte es erneut zum Krieg mit Israel kommen, würde ein gemeinsames arabisches Kommando unter Führung des ägyptischen Generals Gamassi geschaffen.

R und M bestätigen, dass Aegypten unter bestimmten Voraussetzungen bereit wäre, einen formellen Friedensvertrag mit Israel zu unterzeichnen. Dies wurde während unserer Anwesenheit in Kairo auch vom ägyptischen Präsidenten öffentlich erklärt. In einem Interview mit dem "Time"-Korrespondenten in Kairo befürwortete er: "signing a document

formally, legally, publicly ending the state of belligerency between us".

Von WR über die Bedingungen befragt, die für eine Regelung im Mittleren Osten erfüllt sein müssten, erklärt R im wesentlichen folgendes:

Wie in der UN-Resolution 242 vom November 1967 vorgesehen, muss sich Israel aus allen besetzten Gebieten, also auf die Grenzen vom 5. Juni 1967, zurückziehen.

Die Palästinenser werden am Westufer des Jordans und im Gazastreifen angesiedelt und erhalten dort ein eigenes nationales Territorium. (Israel seinerseits würde eine Lösung vorziehen, nach welcher ein palästinensisches Gemeinwesen in Cisjordanien mit dem eigentlichen Jordanien verbunden würde.)

Nach den unglücklichen Bürgerkriegswirren in Libanon mussten die Palästinenser, die sich dort wie ein Staat im Staate aufführten, zur Ordnung gerufen und an ihre ursprüngliche Aufgabe erinnert werden, nämlich die Gründung eines eigenen Staates. Sind die arabischen Palästinenser einmal am Westufer des Jordans und im Gazastreifen niedergelassen, liegt es an ihnen, sich mit ihren Nachbarn zu verständigen.

Nicht alle palästinensischen Flüchtlinge müssten nach R in einem neuen Staat Palästina angesiedelt werden. Es bestehen auch Pläne für ihre Niederlassung in anderen Gegenden. R schätzt die Zahl dieser Flüchtlinge derzeit auf 2 bis 2,5 Millionen. Davon leben nach R ungefähr 500.000 in Israel, ebenso viele in Jordanien, 700.000 in Libanon und Syrien und die restlichen in andern arabischen Staaten.

Eine weitere Bedingung für eine Mittelost-Regelung ist nach R namentlich ein Rückzug Israels aus dem seit 1967 besetzten und in der Folge gesetzlich annektierten Ostjerusalem. Daran ist vor allem auch König Khaled von Saudiarabien interessiert, gilt Jerusalem neben Mekka

und Medina doch als drittheiligste Stadt des Islams.

Sollte sich Israel zu substantiellen Konzessionen bereit erklären, wäre Aegypten seinerseits willens, einer Benützung des Suezkanals und der Schifffahrtsroute im Golf von Akaba durch Israel, nötigenfalls unter internationaler Kontrolle, zuzustimmen.

WR spricht R und M auf die Garantien an, die Israel bei einem Friedensschluss für seine Sicherheit und territoriale Integrität verlangen müsste. R und M sind erstaunt: Nicht Israel, sondern wir müssten Garantien verlangen. Seit 1947 waren arabische Staaten nämlich viermal die Opfer von israelischen Angriffen. Wie die Erfahrungen des Oktober-Krieges von 1973 zeigen (Vordringen Aegyptens über den Suezkanal nach Sinai), nützen territoriale Garantien nichts. Die "Sicherheitsgrenzen" von 1967 erwiesen sich für Israel als das Gegenteil von Sicherheit.

R und M scheinen als selbstverständlich anzunehmen, dass eine Friedensregelung mit Israel im Rahmen von "Verhandlungen zwischen den betroffenen Parteien und unter geeigneter Schirmherrschaft" gefunden werden muss, wie sie in der UN-Resolution 338 vom Oktober 1973 vorgesehen sind. Jedenfalls sprechen sie stets von einer neuen Mittelost-Konferenz in Genf. Daran müssten nach ihrer Meinung die arabischen Verhandlungspartner (Aegypter-Syrrier- Libanesen-Jordanier und Palästinenser) je mit einer eigenen Delegation beteiligt sein. Jeder von ihnen hat nämlich seine besonderen Probleme mit Israel zu lösen. Man denke z.B. an die Anliegen Syriens mit Bezug auf die Golanhöhen. Uebrigens kommt dabei, was die Palästinenser betrifft, nicht nur der PLO ein Mitspracherecht zu, sondern auch den jetzigen Bewohnern der von Israel seit dem Juni-Krieg von 1967 besetzten Gebiete.

Sehr wichtig, wenn auch vorläufig noch "die grosse Unbekannte", ist die Haltung der neuen amerikanischen Regierung. Man sieht in Kairo ein, dass der neugewählte amerikanische Präsident Carter etwas Zeit braucht, um sich in die Aussenpolitik einzuarbeiten. Die Aegypter schei-

nen indessen nicht gewillt, allzu lange auf amerikanische Initiativen zu warten. Friedensverhandlungen über den Mittleren Osten sollten nach ihrer Ansicht im aussenpolitischen Programm Carters Priorität geniessen und im Frühjahr 1977 beginnen. Israel wird nur dann die nötigen Konzessionen machen, wenn die USA Druck auf dieses Land ausüben.

Ohne die Mitwirkung der Sowjetunion kann das Mittelost-Problem, nach Ueberzeugung von R, nicht gelöst werden. Dies sieht z.B. auch Saudiarabien ein, obwohl es der sowjetischen Politik sehr kritisch gegenübersteht. Dies hindert übrigens Saudiarabien nicht, eifrig Handel mit der Sowjetunion zu treiben. Russische Produkte sind in Saudiarabien zu kaufen.

Eine Aenderung im Verhältnis zwischen Aegypten einerseits und der Sowjetunion andererseits ist nicht von heute auf morgen möglich. In seiner militärischen Ausrüstung und Technologie ist Aegypten zu sehr auf sowjetische Lieferungen und Experten angewiesen. Gesamthaft vermitteln die Ausführungen von R den Eindruck, dass sich Aegypten, seit dem kürzlich erfolgten Zusammentreffen zwischen Fahmi und Gromyko in Sofia, wieder an die Sowjetunion annähert. Bereits spricht man von einer offiziellen Reise Sadats nach Moskau zu Anfang nächsten Jahres. Bedeutet dies, dass Sadat zu seiner - während Jahren und mit Erfolg geübten - Politik der Balance zwischen West und Ost zurückkehrt? Manches spricht dafür.